

NIEDERSCHRIFT Nr.: 14/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am Mittwoch, 26.10.2016, um 16.00 Uhr

14. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.20 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen
Herrn Jens Crueger
Frau Sülmez Dogan
Herr Björn Fecker
Frau Susanne Grobien
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)
Herr Andreas Kottisch
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner
Herrn Klaus-Rainer Rupp
Herr Christian Schäfer
Herr Holger Welt für Herrn Uwe Schmidt
Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Bruns	Herr Poppinga
Herr Brunßen	Herr Sengstake
Herr Cordßen	Herr Staatsrat Siering
Herr Dr. Kühling	Herr Slopinski
Herr Kuhl	Frau Stellmacher
Herr Peters	Herr Wiebe
Herr Pochciol	

Gäste

Herr Dr. Haustein (WFB)
Frau Geber (WFB)

Abg. Kastendiek eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 13/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (öffentlicher Teil) vom 07.09.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

**TOP 2 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020
FuE-Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT**

Vorlage Nr. 19/225-L

Abg. Rupp stellt infrage, ob im Rahmen der Beschlussfassung zum EcoMaT auch die Umzugsbeihilfe enthalten gewesen sei; es stelle sich auch die Frage, ob es weiteren Förderbedarf ähnlicher Natur gebe.

Abg. Frau Grobien fragt nach der finanziellen Einbindung des Wissenschaftsbereichs bzw. der Beteiligung des Wissenschaftsausschusses.

Herr Dr. Kühling erläutert, dass bereits in der Entwicklung des Gesamtfinanzierungskonzepts zum EcoMaT weitere Infrastrukturkosten frühzeitig absehbar gewesen seien und als einmaliger Investitionsbedarf entsprechend vorgesehen worden seien. Das Wissenschaftsressort sei zu dieser aktuellen Vorlage eingebunden gewesen; gegen eine Befassung der Vorlage auch durch den Wissenschaftsausschuss spreche seines Erachtens nichts.

Abg. Kastendiek bittet vor dem Hintergrund der seinerzeit avisierten Flächenauslastung von 80% des EcoMaTs um einen Bericht, welche Mieter mit welchem Flächenbedarf das EcoMaT beziehen werden und wie sich dabei der Anteil öffentlich geförderter Unternehmungen gestalte. Ohne diesen Anteil hätte die Geschäftsgrundlage für das EcoMaT seinerzeit womöglich anders ausgesehen.

Abg. Rupp erinnert an seine Eingangsfrage und schließt diese an die Berichtsbitte des Abg. Kastendiek an.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung von FuE Infrastrukturen zur Integration des FIBRE in das EcoMaT zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 950.000 €.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung

einer überplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0703/891 20-9 „Investitionszuschüsse für Innovationsförderung“ i.H.v. 950.000 € zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0706/891 21-8, Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven, veranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen VE erfolgt im Jahr 2017 i.H.v. 400.000 €, im Jahr 2018 i.H.v. 320.000 € und im Jahr 2019 i.H.v. 230.000 € im Rahmen des EFRE-Programms bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –investiv-.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktion der CDU sowie des Vertreters der Fraktion der FDP.

TOP 3 Markterkundungsverfahren und Beratungsleistungen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur

Vorlage Nr. 19/228-L/S

Abg. Fecker fragt nach den besonderen Qualifikationen der Sachverständigen für die Markterkundung; er hätte vermutet, dass der Sachverstand im Ressort oder bei der WFB vorhanden sein müsste. **Abg. Rupp** schließt sich der Frage an und bittet weiter zu erläutern, ob es sich nur um eine Momentaufnahme handele oder ob die Erkenntnisse fortgeschrieben würden.

Abg. Kastendiek tritt den Fragestellungen bei, gerade auch vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung, nach der Bremen im Breitbandangebot bundesweit auf einem zweiten Rang im Ländervergleich lande.

Herr Dr. Kühling erläutert, es handele sich um eine von Bund finanzierte Untersuchung mit der Zielsetzung, spezielle, tiefergehende technische Fragestellungen analysieren zu wollen. Die weitere Begleitung der Ergebnisse des Markterkundungsverfahrens erfolge durch das Breitbandkompetenzzentrum Osterholz.

Dep. Dr. Redder meint, dafür gebe es auch in Bremen entsprechende Kompetenz.

Abg. Rupp wirft die Frage auf, ob denn die Unternehmen ihre Bedarfe richtig einschätzen könnten.

Staatsrat Siering erläutert, dass die aktuellen Erkenntnisse den Consumerbereich gut widerspiegeln. Mit dem Markterkundungsverfahren sollen aber die Anforderungen aufgrund wirtschaftlicher Anwendungen und Gesichtspunkte untersucht werden. Insbesondere die Netzbetreiber stellen entsprechende Informationen regelmäßig nicht bereit,

sodass ein besonderer Analysebedarf hinsichtlich der Bedarfe und ihrer aktuellen infrastrukturellen Abdeckung bestehe, um anschließend einen zukunftssicheren Ausbau der Infrastrukturen gestalten zu können.

Abg. Kastendiek nimmt eine Anregung des **Abg. Rupp** auf und schlägt vor, statt den Beschlussvorschlag zu ändern die Berichtsbitte um eine Darstellung des Ergebnisses des Markterkundungsverfahrens als gesetzt zusehen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem beschriebenen Verfahren zur externen Vergabe eines Beratungsauftrages für die Stadtgemeinde Bremen zur Durchführung eines Markterkundungsverfahrens und von Beratungsleistungen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in einer Höhe von bis zu 90.000 Euro zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen eine entsprechende Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzausschuss zu erwirken.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP.

TOP 4 Änderung der Kostenverordnung der Verwaltung Wirtschaft und Häfen

Vorlage Nr. 19/232-L

Dep. Dr. Redder vermisst eine Kostendeckungsrechnung für die neue Gebührenordnung. Insgesamt erscheine das Gebührentableau relativ teuer, insbesondere für die Gewerbeanmeldungen, die sich ja auch online organisieren ließen. Ideal wäre es aus seiner Sicht, die Gewerbeanmeldungen ganz kostenlos zu gestalten. Im Übrigen sei in Nummer 150.22 mit §34f Abs. 6 Gewerbeordnung die falsche Rechtsgrundlage genannt, es müsse § 34f Abs. 4 Gewerbeordnung lauten.

Herr Kuhl erklärt, der einer Onlineanmeldung sich anschließende Aufwand sei dem einer konventionellen Gewerbeanmeldung gleich; insofern gebe es trotzdem einen Kostenbeteiligungsbedarf. Die Gestaltung einer kostenlosen Gewerbeanmeldung sei zunächst eine politische Entscheidung. Die Anmerkung hinsichtlich des falschen Paragraphen sei korrekt, doch müsste dieser zunächst durch den HaFA geändert werden. § 34f Gewerbeordnung werde von der Handelskammer vollzogen, sodass die Gebührenposition leer läuft.

Abg. Rupp fragt nach der Höhe der Gesamtsummen der jeweiligen Gebühren. **Herr Kuhl** antwortet, diese könne nicht beziffert werden, da alle Gebühren in einer Haushaltsstelle vereinnahmt würden. Auf die Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** erklärt er weiter, die Kostenverordnung für die Verwaltung Wirtschaft und Häfen würde auf der all-

gemeinen Kostenverordnung basieren.

Dep. Dr. Redder schlägt eine Aussetzung der Vorlage vor, um den Sachverhalt hinsichtlich der Gebühreneinnahmen weiter aufzuklären.

Staatsrat Siering erläutert, eine genaue Ermittlung des jeweiligen Gebührengesamtaufkommens sei nicht möglich, da die Landeshauptkasse keine Erfassung konkreter Einnahmen mit konkreten Tatbeständen vornehme; ansonsten müsste jeder einzelne, gebührenwirksame Verwaltungsakt angefasst und einzelnen Kostenstellen zugeordnet werden. Daher erfolge die Aufstellung der speziellen Kostenverordnungen auf Basis der allgemeinen Kostenverordnung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für die Verwaltung Wirtschaft und Häfen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung des Vertreters der LKR-Gruppe Bremen.

**TOP 5 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen
- Evaluierung 2016 -**

Vorlage Nr. 19/227-L/S

Abg. Kastendiek weist auf die Austauschseite mit dem neuen Beschlussvorschlag hin. **Abg. Kottisch** begründet den neuen Beschlussvorschlag. Er sieht mit der vorgelegten Evaluierung die bei der letzten Beratung des City- und Stadtteilmarketings getätigte Vermutung bestätigt, dass die Stadtteilinitiativen grundsätzlich einen hohen Wirkungsgrad entfalten. Daher werde ein politisches Signal angestrebt, indem das Ressort aufgefordert werde, die erforderlichen Mittel auch für die Zukunft abzusichern.

Dep. Dr. Redder hätte eine Vertagung begrüßt; denn der neue Beschlussvorschlag gehe weiter als der alte, dem er sich enthalten hätte. Somit werde er gegen den Beschluss stimmen, denn er befürchte hinter dem neuen Beschlussvorschlag einen Freifahrtsschein.

Abg. Fecker erinnert, bereits bei der letzten Mittelbewilligung sei der Zeitraum bewusst auf zwei Jahre angelegt gewesen, um den Akteuren vor Ort auch die erforderliche Planungssicherheit zu geben. Daher sei die vorgeschlagene Änderung und Ergänzung des Beschlussvorschlages nur folgerichtig. Die Wirkung der Stadtteilinitiativen bewerte er anhand der Evaluierung als positiv, auch wenn sich die Wirkungen nicht sofort finanziell positiv bemerkbar machten. Trotz einzelner Kritikpunkte, die im Gutachten auch angemessen dargestellt seien, begrüße er die Fortschreibung des City- und Stadtteilmanage-

ments und –marketings.

Abg. Kastendiek begrüßt die weitere Unterstützung des City- und Stadtteilmanagements grundsätzlich, mahnt aber auch eine nachdrückliche Zielkontrolle hinsichtlich der erwünschten Hebelwirkung der eingesetzten finanziellen Mittel an.

Abg. Kottisch unterstreicht, Ziel sei es, den lokalen Akteuren und Initiativen die erforderliche Planungssicherheit zu geben. Dies lasse sich aus der Evaluierung auch gut begründen. Natürlich würden auch weiterhin die bekannten Berichte erwartet.

Herr Dr. Kühling führt aus, nach der eigenen Evaluierung in 2012 und der jetzigen Externen würden die Stadtteilinitiativen auch weiterhin evaluiert und damit, auch ergänzt durch die Tätigkeitsberichte der Initiativen, der sachgerechte Mitteleinsatz nachgewiesen.

Dep. Dr. Redder erklärt, infolge der Erläuterung des Abg. Kottisch inzwischen auf „Enthaltung“ umgeschwenkt zu sein.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Evaluierung zur Kenntnis und begrüßt die gutachterlich festgestellten Ergebnisse. Sie schließt sich den Empfehlungen des Gutachters an.
2. Sie stellt fest, dass das öffentliche Interesse an den City- und Stadtteilmarketings und -managements sowie die Wirksamkeit und Effizienz der geförderten Maßnahmen durch die aktuelle Evaluation begründet sind und unterstützt weiterhin die Förderung der untersuchten Initiativen.
3. Vor dem Hintergrund des positiven Verhältnisses von Mitteleinsatz und der hierdurch generierten Effekte bittet sie den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen Mittel abzusichern bzw. einzuwerben, um entsprechend der Evaluierungsempfehlung einen Förderzeitraum von drei Jahren sicherzustellen.
4. Sie bittet um Weiterleitung der Evaluierung an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP.

TOP 6 Berichtsbitte der Fraktion der FDP: Aktueller Sachstand beim ttz

Vorlage Nr. 19/229-L

Dep. Dr. Redder dankt nachdrücklich für die ausführliche Berichterstattung und die auch realistische Darstellung des Risikos der potenziellen Doppelförderung.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** stellt **Herr Peters** fest, die auf Seite 15 der Vorlage erwähnten Leistungsträger umfassten Männer und Frauen.

Abg. Kastendiek stellt entsprechend dem Beschlussvorschlag der Vorlage fest, sofern es einen bedeutsamen neuen Sachstand gebe, werde die Deputation mit einem neuen Bericht begrüßt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen fortlaufend über den Fortgang der Sanierung zu unterrichten, das nächste Mal spätestens mit Vorlage des Jahresabschlusses 2016.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Vorstellung des Maßnahmenplans der zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben (zSKS)

Vorlage Nr. 19/231-L

Staatsrat Siering verdeutlicht, wie das Ressort die Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse angegangen und die Umsetzung inzwischen eingeleitet worden sei. Die zSKS habe ihre Verfahren und Prozesse zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Vergabeprozesse definiert und entsprechend ihre Arbeit aufgenommen. Erste verbindliche Vorgaben und Vertragsentwürfe für Auftraggeber und –nehmer seien entwickelt worden. Damit nehme sie ihre Funktion zur Entwicklung eines überschaubaren und transparenten Vergabewesens wahr und wirke ganz im Sinne des Bürgerschaftsbeschlusses. Er betont, dass sie entgegen anderer Auffassungen keine zentrale Vergabestelle sei und dafür auch nicht mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sei. In diesem Zusammenhang wäre auch die komplexe bundes- und europarechtliche Lage zu beachten. Im Vergleich zur letzten Berichterstattung im Mai 2016 sehe er große Fortschritte.

Abg. Kottisch vermutet, der Dissens in der Beurteilung der zSKS fuße auf einem Missverständnis in der öffentlichen Wahrnehmung. Erstes Ziel nach dem Bürgerschaftsbeschluss sei immer die Einrichtung einer Servicestelle zur Entwicklung transparenter Vergabeprozesse gewesen und nicht schon der Aufbau einer zentralen Vergabestelle mit der Konzentration aller 80 Vergabestellen. Er sehe ebenfalls einen großen Fortschritt im Vergleich zum Sachstand im Mai, auch wenn eine tiefere Integration wünschenswert wäre, doch dürfe man zuversichtlich sein, dass diese noch erreicht würden.

Abg. Rupp legt anhand der Erfahrungen aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Teilersatzneubau“ dar, dass eine solche Koordinierungsstelle auf Seiten der öffentlichen Hand ein guter Schritt sei; damit könnte ihr festgestelltes Kompetenzdefizit mittelfristig abgedeckt werden. Er bittet, über die Vorlage hinaus die Personalstärke,

sowie die Verfahren und Prozesse zur Kostenkontrolle und Instrumente zur Durchsetzung etwaiger Vorgaben zu erläutern.

Abg. Kastendiek hält den erreichten Sachstand für unbefriedigend; Ziffer 2 des Bürgerschaftsbeschlusses sage seines Erachtens deutlich, dass auch die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle Ziel sei, doch leider spiele dieser Punkt in der Diskussion aktuell keine Rolle mehr. Damit sollte auch eine Erhöhung der Qualität und der Rechtssicherheit auf beiden Seiten verfolgt werden. Inzwischen dränge sicher der Eindruck auf, dass mit der Servicestelle eine zusätzliche Funktion zur Beratung der dezentralen Vergabestellen eingerichtet worden sei; so könne eine effektive und effiziente Verwaltungsmodernisierung nicht erreicht werden.

Abg. Fecker konstatiert aus der letzten Beratung über die zSKS fraktionsübergreifend eine kritische Sicht, sieht aber auch einen deutlichen Fortschritt. Er stellt in Frage, ob eine alleinherrschende, zentrale Vergabestelle die Lösung aller Probleme sei; ebenso stehe aber die Frage der Zentralisierung der Vergabestellen nicht in Widerspruch zum vorgelegten Bericht. Er sehe das Vergabewesen in komplexen Rechtsverhältnissen, das daher nicht im Wege der Verwaltungsreform neu geordnet werden könne. Insofern sollten die Ziele der zSKS stärker fokussiert werden und auch mit einer tieferehenden Integration der Vergabestellen verbunden werden.

Abg. Kottisch erinnert, ein Ergebnis der Anhörung in der Bremischen Bürgerschaft sei, dass zunächst nur die Einrichtung einer Servicestelle ohne zentrale Vergabeaufgaben als sinnvoll erachtet worden sei. Im Ergebnis der Etablierungsprozesse der zSKS könne auch eine tiefere Zentralisierung der Vergabestellen angegangen werden.

Abg. Rupp bittet um eine Ergänzung des Beschlussvorschlages, nach der die zSKS auch die Optimierung der dezentral-institutionellen Vergabestrukturen prüfen und deren Integration vorantreiben solle.

Dep. Dr. Redder begrüßt die Einrichtung der zSKS zunächst als positiven Schritt für die Wirtschaft, doch müsste im Ergebnis der Arbeit der zSKS das Vergabewesen auch transparent und nachvollziehbar aufgestellt sein. Die aktuelle Presseberichterstattung lasse andere Schlüsse zu.

Abg. Kastendiek hält den erreichten Zwischenstand für völlig unzureichend und sieht auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht angemessen gewürdigt. Er betont den Prozess der Verwaltungsmodernisierung nachdrücklich als Aufgabe der politischen Führungen der Ressorts; diese müssten eine Vereinheitlichung wollen und anstreben. Davon unabhängig sei sogar die Tiefe der Integration der Vergabestellen zu betrachten. Als Parlamentarier könne er nur unzufrieden über die Umsetzung der Beschlusslage

sein. Abschließend gibt er zu bedenken, dass die öffentliche Hand nicht unbedingt als attraktiver Auftraggeber gelte und vielmehr auf der Wirtschaftsseite Augenhöhe, Fairness und ein partnerschaftliches Verhältnis vermisst werde.

Abg. Kottisch unterstreicht, dass seine Aussagen bewusst fehlinterpretiert würden. Er sei überzeugt, dass sich die zSKS als richtiger und wichtiger Schritt in Richtung einer Verwaltungsmodernisierung erweisen werde. Eine tiefere Integration erfordere aber – ohne politisches Kalkül - zunächst einmal die Herstellung von Transparenz, der eine Zentralisierung eines Teils der Vergabestellen folgen könnte.

Abg. Fecker greift die Idee des Abg. Rupp auf und schließt sich der Bitte um Ergänzung des Beschlussvorschlages an.

Herr Slopinski erläutert, mit der Einstellung einer Mitarbeiterin im Februar und August 2016 seien bei der zSKS nun 1,75 Stellen besetzt; organisatorisch sei sie am Rechtsreferat des Ressorts angebunden. Die Kostenkontrolle werde schwerpunktmäßig als zusätzliche Aufgabe von der neuen Kollegin übernommen (0,75 Stelle). Die Entstehung von Nachträgen und höheren Kosten werde zunächst anhand von beispielhaft ausgewählten Projekten, unter anderem mit der Wollkämmerei, dem Bürgerhaus Vegesack und der Fassadensanierung der Hochschule Bremen analysiert. Damit seien nicht nur Projekte eines Ressorts, sondern ein breites Spektrum von Aufgaben und Funktionen abgedeckt. Diese Projekte würden von den politischen Beschlüssen über die Ausschreibungen bis hin zur konkreten Vergabe in Zusammenarbeit mit den lokalen Stellen analysiert, Dabei würden nicht nur die Gründe für Mehrkosten eruiert, sondern auch Vermeidungsstrategien entwickelt werden. Ein Stichtag für die Vorlage konkreter Ergebnisse sei aber nicht seriös abzusehen.

Abg. Rupp hält das geschilderte Vorgehen für sinnvoll und zielführend, dass zur Vermeidung von Nachträgen beitragen und womöglich Einsparungen generieren könne.

Abg. Kastendiek erklärt, die CDU-Fraktion könne sich dem vom Abg. Rupp formulierten Prüfauftrag für den Beschlussvorschlag anschließen, sofern dieser mit einer Zeitschiene versehen würde. Da sich kein Widerspruch erhebe, erwarte die Deputation einen weiteren Bericht im kommenden Frühjahr.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Maßnahmenplan der zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben zur Kenntnis. Sie bittet die zentrale Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben (zSKS), die Optimierung der dezentral-institutionellen Vergabestrukturen zu prüfen und deren Integration gegebenenfalls voranzutreiben und dazu im Frühjahr 2017 einen Bericht

vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 8 Umstrukturierung des Wirtschaftsressorts - Bericht zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH

Tischvorlage Nr. 19/240-L/S

Abg. Kastendiek regt eine Vertagung der Vorlage an, außerdem könnten etwaige Fragen von den Fraktionen in der Zwischenzeit schriftlich beim Ressort eingereicht werden.

Abg. Rupp meint, die Verwaltung könne sich auf schon bestehende Fragen vorbereiten – so sei ihm unklar, wie die bestehenden Personalengpässe im Stadtamt durch die Verlagerung der Aufgaben aufgehoben werden könnten.

Dep. Dr. Redder fragt, warum das Stadtamt überhaupt Aufgaben abgebe, seien damit doch komplexe Änderung von Fachverfahren erforderlich. Besser wäre eine Stärkung des Stadtamtes in Form einer Organisation als Profitcenter für die Ressorts; es könnte Rechnungen an die Ressorts schreiben, was nebenbei die Transparenz hinsichtlich der Kostenverursacher erhöhen würde.

Abg. Kastendiek bittet, hinsichtlich der Vertagung auch konsequent zu sein.

Senator Günthner stellt fest, die Grundsatzfrage zur Organisationsform des Stadtamtes oder der Anbindung eines Stadtamtes oder seiner Teile gehöre nicht in die Wirtschaftsdeputation; dies seien Fragen für die Innendeputation. Die Deputation für Wirtschaft werde sich mit den Folgen für das Wirtschaftsressort durch die teilweise Übernahme von Aufgaben des Stadtamtes und deren Organisation innerhalb des Ressorts beschäftigen.

Auf den Einwurf der **Abg. Frau Böschen**, ob dies nicht ein Thema nur für die städtische Deputation sei, erklärt **Abg. Kastendiek**, auch dies sei eine Frage für die nächste Sitzung.

Beschluss:

Die Beratung der Vorlage wird vertagt.

TOP 9 Rechtsverfahren zum Offshore-Terminal Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/235-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des

Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

TOP 10 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Weservertiefung

Vorlage Nr. 19/239-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Weservertiefung zur Kenntnis.

TOP 11 Aktuelles

TOP 12 Verschiedenes

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** zur Situation bei und um Kelloggs erklärt **Herr Dr. Kühling**, die WFB stehe in engem Kontakt mit dem Unternehmen. Es gebe womöglich die Perspektive, die Logistik am Standort zu halten. Sofern greifbare Entscheidungen seitens des Unternehmens gefallen seien, gingen die Beteiligten Ressorts und WFB in die Analyse für die weitere Entwicklung.

Auf weitere Nachfrage des **Abg. Rupp** zur Lloyd-Werft stellt **Senator Günthner** fest, es gebe keinen neuen Sachstand.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Stand: 07.11.2016

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	25.520.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	6.808.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	46.631.258	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 26.10.2016) Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 07.09.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Anfang 2017
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
29.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Optimierung der Vergabestrukturen	26.10.2016	Abg. Rupp	1. Halbjahr 2017